

BUCHBESPRECHUNGEN

WILFRIED GOTTSCHALCH

STRUKTURVERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHES HANDELN IN DER LEHRE VON RUDOLF HILFERDING

Soziologische Abhandlungen, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, herausgegeben von Prof. Dr. F. Bülow und Prof. Dr. Otto Stammer, Heft 3. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1962, 287 S., brosch. 33,60 DM.

Diese Monographie schließt eine der zahlreichen Lücken auf dem Gebiete der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Mit ihr wird zum erstenmal einer der großen Theoretiker des internationalen Marxismus und führenden Politiker der deutschen Sozialdemokratie wissenschaftlich gewürdigt. In ihrem Zentrum steht weniger das Wirken des umstrittenen Reichsfinanzministers der Jahre 1923 und 1928 oder des langjährigen Reichstagsabgeordneten, sondern primär die wissenschaftliche Leistung des sozialistischen Theoretikers, und diese auch nur insoweit, als sie für die politische Praxis der SPD relevant geworden ist. Im Rahmen dieser methodisch durchaus legitimen Einschränkung des Untersuchungsobjektes hat Dr. W. Gottschalch — das sei vorab bereits gesagt — eine außerordentlich gründliche und sehr kenntnisreiche Arbeit geliefert, deren Verdienst — auch um die politikwissenschaftliche Forschung in Deutschland — kaum überschätzt werden kann.

Dr. Rudolf Hilferding hat bisher — sieht man von einem ersten Versuch Alexander Steins aus dem Jahr 1946 ab — noch keinen Biographen gefunden. Deshalb und auch wegen des besseren Verständnisses der eigentlichen Abhandlung ist zu begrüßen, daß der Verfasser nicht nur eine Bibliographie der wichtigsten Schriften Hilferdings zusammengestellt, sondern sein Buch auch mit einer biographi-

schen Skizze eingeleitet hat, die die Stationen von Hilferdings Lebensweg nachzeichnet: von seiner Geburt (1877) als Sohn einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie in Wien, über den Kinderarzt, der sich bald entschließt mitzuhelfen, die „Gebrechen der Gesellschaft“ zu heilen und daher sein Leben dem Sozialismus widmet, bis hin zu seinem noch immer unaufgeklärten Tod (1941) in einem Pariser Gestapo-Gefängnis, in das der Emigrant mit seinem Freunde *Rudolf Breitscheid* nach wortbrüchiger Auslieferung an die deutschen Behörden durch die Vichy-Regierung geraten war.

Nach dieser biographischen Einleitung, die auch die Gesamtpersönlichkeit Hilferdings zu charakterisieren trachtet — „Klugheit und Wissen teilte er mit *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht*, nicht aber deren leidenschaftlichen Willen zur Tat“. (S. 16) —, werden einige „Kerngedanken des Marxismus“ dargestellt. Obwohl dieser Exkurs — wie der Autor selbst weiß — notwendig fragmentarisch bleiben muß, erweist er sich für die Einordnung und Beurteilung des Hilferdingschen Werkes als sehr nötig; er bietet darüber hinaus eine im Ganzen wohlgelungene — manche Entstellungen revidierende — Zusammenfassung des ursprünglichen Marxismus. Lediglich der Interpretation des marxistischen Diktatur-Begriffes kann man nicht folgen (S. 44 f.), besonders nicht der Zustimmung zu A. Gurlands Versuch (Marxismus und Diktatur, Leipzig 1930), das Institut der Diktatur bei *Marx* und *Engels* rein soziologisch und nicht auch politisch-juristisch zu erfassen. Leider sind in diesem Exkurs manche Marx-Zitate nicht eindeutig als solche gekennzeichnet oder nicht genau belegt worden (z. B. S. 37, 39, 47).

Das dritte Kapitel kennzeichnet Hilferdings Position im Richtungsstreit der SPD vor 1914, seinen Kampf an der Seite des Zentrums um *Bebel* und *Kautsky* gegen die von *Bernstein* geführten Revisionisten und gegen die Linken unter *Luxemburg*. So richtig

in diesem Zusammenhang Gottschalch über die unvollständige Rezeption und undialektische Dogmatisierung des Marxismus durch die Vorkriegssozialdemokratie und über das begrenzte Marxverständnis auch seitens des orthodoxen Parteizentrums urteilt, sollte er dennoch für die Phase bis 1905 das Ausmaß der geistigen Bindung der SPD-Führung (einschließlich Kautsky!) an das originäre Denken von Marx und Engels nicht allzusehr unterschätzen (vgl. dazu den — vom Verf. leider ignorierten — Aufsatz von W. Abendroth, in: Die Neue Gesellschaft 1958, bes. S. 467 ff.). Zu welcher großen wissenschaftlichen Leistungen der offizielle Marxismus trotz aller Entfremdungen immer noch fähig blieb, beweist ja gerade Hilferdings Hauptwerk.

Nicht zufällig hat Gottschalch das „Finanzkapital“ räumlich und thematisch in den Mittelpunkt gerückt: es ist das bedeutendste wissenschaftliche Buch, das in dieser Periode zu den Grundproblemen der ökonomischen Entwicklung in der Welt erschienen ist; es untersucht mit Hilfe der marxistischen Methode jene Strukturveränderungen des Wettbewerbskapitalismus zum monopolistischen bzw. imperialistischen Kapitalismus, die Marx nicht mehr erlebt, aber im Ansatz prognostiziert hatte; mit ihm hat Hilferding das politische Denken und Handeln der SPD bestimmt; auf seiner Grundlage entstand Lenins Imperialismusschrift. Dem Autor geht es in seiner Analyse des „Finanzkapital“ vor allem um Hilferdings Bemühen, „die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft im Spätkapitalismus theoretisch zu erfassen“, kurz: um dessen Imperialismus-Theorie. Hilferding begreift die Epoche, in der das — aus der Vereinigung von Bank- und Industriekapital entstehende — Finanzkapital den Staat als Instrument der Markteroberung benutzt, als letzte Stufe des Kapitalismus, die freilich nicht durch automatischen ökonomischen Zusammenbruch ende, vielmehr allein durch die Revolution der Arbeiterklasse zu überwinden sei. Der Verfasser macht darauf aufmerksam, daß mit der Charakteristik der imperialistischen Wirtschaftspolitik zugleich die „sozialökonomischen Voraussetzungen des Faschismus“ in einer Zeit aufgedeckt werden, „als es diesen noch gar nicht gab“ (S. 107), und er zeigt, daß Hilferding bereits damals die Mittelschichten als besonders labil in ihren politischen Auffassungen und als leicht anfällig für die irrationalen Ideologien des Nationalismus, Militarismus und Rassismus beschrieben hat (S. 121 ff.): „Auch heute noch wird der Faschismus in weiten Kreisen für eine Art ‚Betriebsunfall des Kapitalismus‘ gehalten. Die sorgfältige Lektüre des ‚Finanzkapitals‘ kann eines Besseren belehren.“ (S. 125) Diese noch für unsere Zeit aktuellen und gültigen Elemente der Hilferdingschen Imperialismus-Theorie herauskristallisiert zu haben,

ist das besondere Verdienst des Autors; erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch Gottschalchs Hinweis, daß heute zwar kaum noch die Herrschaft von Monopolen und Oligopolen über die Wirtschaft bestritten werde, indes noch manche Auffassung lebe, die Hilferding seinerzeit als bloße Legende entlarvt habe: so etwa die These, das Management habe dem Eigentümer die Verfügungsgewalt über seinen Besitz geraubt oder die Behauptung, das Aktienwesen demokratisiere den Kapitalismus. (S. 100 f.)

Gleichwohl erkennt und registriert der Verfasser auch die Grenzen und Fehler des „Finanzkapital“, wobei er sich vorwiegend an der sozialistischen Hilferding-Kritik orientiert. Als wichtigster — weil folgenschwerster — Fehler erscheint ihm mit Recht Hilferdings Vermutung, die ökonomische Entwicklung tendiere zur Bildung eines „Generalkartells“, das die kapitalistische Produktion von ihrer Anarchie befreien, d. h. sie bewußt planen könne. Diese Hypothese setzt er dann — wie sehr subtil geschildert wird — in der Weimarer Republik absolut, entwickelt daraus seine auf dem Kieler SPD-Parteitag 1927 vorgetragene „Theorie des organisierten Kapitalismus“ und gelangt zu der Hoffnung, der Sozialismus könne ohne die revolutionäre Tat durch Reformen erreicht werden. (S. 189 ff.) Der Theoretiker des „Finanzkapital“, der einst den Staat als „Vollzugsorgan der herrschenden Klasse“ verstanden und noch 1918/19 als USPD-Führer neben dem Parlament ein Rätssystem empfohlen sowie eine weitestgehende Sozialisierung gefordert hatte, leugnet nunmehr jede Differenz zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie, predigt eine abstrakte Staatsverantwortung, verteidigt die Koalitionspolitik der SPD, prophezeit kurz vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die krisenlose Weiterentwicklung des organisierten Kapitalismus, toleriert *Brining*, will sogar *Papen* tolerieren und bagatellisiert noch im Januar 1933 die faschistische Gefahr. Unwillkürlich denkt man dabei an eine — auch vom Verf. zitierte — Bemerkung *Tucholskis* über Hilferding: „Von ihm gibt es ein Aufsehen erregt habendes Werk: ‚Das Finanzkapital‘. Seine Bequemlichkeit hat ihn leider daran gehindert, das Buch zu lesen.“

Der Autor unterzieht diese Theoreme Hilferdings aus der Weimarer Zeit einer kritischen Analyse, führt den „Reformismus“ mit guten Argumenten ad absurdum, erläutert aber auch dessen politisch-gesellschaftliche Ursachen. Gleichzeitig rühmt er Hilferdings Fähigkeit — „insofern blieb er immer ‚Marxist‘, —, seine Denkresultate der Korrektur durch die konkrete historische Wirklichkeit zu unterwerfen. Beweis dafür ist ihm u. a. Hilferdings radikale Absage an den Reformismus nach 1933, die schonungslose Kritik an all den politischen Fehlern seiner Partei

in Weimar, die er selbst mitverantwortet hatte (vgl. das von Hilferding 1934 verfaßte Prager Manifest, „das einzige Revolutionsprogramm der SPD“). Trotz aller Irrtümer Hilferdings, zu denen auch große Teile seines posthum veröffentlichten Fragmentes einer Revision des Historischen Materialismus gezählt werden, würdigt der Verfasser daher Hilferdings Lehre als einen „der hervorragendsten Beiträge des deutschen Marxismus zur Erforschung der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit des zwanzigsten Jahrhunderts“ (S. 265).

Der Wert der vorliegenden Studie besteht nicht zuletzt darin, demonstriert zu haben, wie wenig sich die Beschäftigung mit der überkommenen Theorie der Arbeiterbewegung auf bloße Dogmenhistorie reduzieren muß und wie fruchtbar diese oft als Ballast denunzierte Tradition gemadit werden kann für die Erarbeitung von Ansätzen zu einer Gesellschaftstheorie unserer Tage. Diese Leistung verdankt *Wilfried Gottschalch* wohl derselben sozialwissenschaftlichen Methode, deren sich auch *Rudolf Hilferding* bediente.

Dr. Hanno Drechsler

ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT IN EUROPA

Ergebnisse einer internationalen Studientagung in Brüssel, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft e.V. Heft 8, Allgemeine Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin 1962. 168 S^o brosch. 21,50 DM.

Während sich die marktbeherrschenden Großunternehmen der privaten Wirtschaft seit langem auf die neuen Bedingungen des Gemeinsamen Marktes einstellen, folgt der Bereich der öffentlichen Wirtschaft nur zögernd der Entwicklung. Es dürfte daher für diesen Bereich bedeutungsvoll sein, daß auf Initiative der „Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft“ (Berlin) Wissenschaftler und Führungskräfte der öffentlichen Wirtschaft aus den EWG-Staaten in Brüssel zusammengetroffen sind, um diese Probleme zu erörtern. Die Referate und Diskussionsbeiträge dieser Tagung sind in dem vorliegenden Band veröffentlicht.

In der ersten Gruppe der Referate ging es darum, sich eine Übersicht über die „Bedeutung des öffentlichen Sektors in den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaften“ zu verschaffen. Allerdings ergeben sich hier bereits die ersten Schwierigkeiten, auf die vor allem Prof. *Paul Lambert* (Universität Lüttich) in seinem Referat über „Die Bedeutung des öffentlichen Sektors in den Beneluxländern“ hinweist: Es fehlt weitgehend an statistischem Material, das in irgendeiner Weise fruchtbare Vergleiche zwischen den einzelnen Ländern ermöglicht. Lambert erörtert eingehend die Aussagefähigkeit bestimmter Kriterien. Wie

Lambert konnten sich auch *Jacques Germain* (Frankreich), *Stammati* (Italien), *Vos* (Niederlande) und *Rittig* (Deutschland) nur auf wenige statistische Globalgrößen stützen, wie z. B. die Zahl der im öffentlichen Sektor Beschäftigten, den Anteil des Staates und regionaler Körperschaften am Bruttosozialprodukt, den Anteil des öffentlichen Sektors an den Ausgaben der Staaten, den Anteil des öffentlichen Sektors an den Bruttoanlageinvestitionen. Teilweise stehen auch Angaben über den Anteil der öffentlichen Unternehmen an einzelnen Wirtschaftsbereichen und Wirtschaftszweigen zur Verfügung.

Die Teilnehmer der Tagung waren sich darüber im klaren, daß gewisse Unklarheiten terminologischer Art zunächst geklärt werden müssen, um den weiteren Arbeiten eine präzise Richtung zu geben; mehrere Sprecher empfanden es als Nachteil, daß alle Gesprächspartner unter „öffentlicher Wirtschaft“ etwas anderes verstanden. Prof. *Rittig* zeigte die verschiedenen Verwendungsweisen des Wortes „öffentliche Wirtschaft“ auf; der engste Begriff umfaßt nur die öffentlichen Unternehmen. Man kann diesen Bereich um die obligatorische Sozialversicherung und die Fürsorge erweitern; man kann weiter die öffentlichen Dienste einbeziehen oder — noch weiter — die Investitionen der öffentlichen Hand und schließlich den gesamten Bereich der Haushaltspolitik, der fiscal policy usw. Einige der Referate im letzten Teil stellen dann auch mehr auf einzelne Wirtschaftszweige als auf den Bereich der öffentlichen Unternehmen ab. Mit einigem Recht bedauerte Prof. *Claude-Albert Colliard* (Paris) diese Unklarheiten, da er eine Konzentration auf die Probleme der öffentlichen Unternehmen im Gemeinsamen Markt für fruchtbar hielt (S. 151).

Die zweite Gruppe der Referate befaßt sich mit dem „Beitrag der öffentlichen Wirtschaft zur Integration der Europäischen Gemeinschaften“. In seinem in diesen Fragenbereich einführenden Referat bietet *Ritschl* zunächst einige wichtige, für das Integrationsproblem relevante Einteilungskriterien für den Bereich der öffentlichen Unternehmen, wobei es vor allem darum geht, die weitere Diskussion zu systematisieren. Ritschl weist mit Recht darauf hin, daß sich je nach den Marktbedingungen völlig verschiedene Probleme ergeben. So ist zu unterscheiden zwischen solchen von der öffentlichen Hand getragenen Wirtschaftszweigen, für die es keine Surrogatkonkurrenz gibt (Post, Telegraf, Telefon, Rundfunkdienste) und solchen Bereichen, für die in allen Ländern Surrogatkonkurrenz besteht (öffentliche Unternehmen im Bereich des Verkehrswesens); wieder andere Bedingungen gelten für solche Wirtschaftszweige, die unter Surrogatkonkurrenz stehen, in einigen Ländern der Gemeinschaft jedoch zentralisiert und in öffentlichem

Eigentum, in anderen dagegen dezentralisiert und zum Teil privatwirtschaftlich oder gemischtwirtschaftlich sind.

Und schließlich gibt es jene Wirtschaftszweige in den verschiedenen Ländern, in denen einzelne öffentliche Unternehmen sich neben privatwirtschaftlichen betätigen. Nach Ritschi „sinkt die Möglichkeit der öffentlichen Unternehmen, zur europäischen Integration von sich aus beizutragen, in der Reihenfolge dieser hier aufgeführten Kombinationen“ (S. 84). Praktisch kämen nur die beiden ersten Gruppen in Frage, die beide von der öffentlichen Hand allein oder zumindest gemischtwirtschaftlich getragen werden.

Die meisten Beiträge stimmen darin überein, daß öffentliche Unternehmen gerade in einer prinzipiell marktwirtschaftlichen Ordnung wichtige Instrumente der Wirtschaftspolitik und somit u. U. geeignete Instrumente zur Förderung der europäischen Integration sind. *Stammati* hält die öffentlichen Unternehmen für „eines der wirksamsten und machtvollsten Instrumente (der) Wirtschaftspolitik des Staates“ (S. 59), und nach *Leo Solari* bietet der Sektor der öffentlichen Unternehmen „unter den vielfältigen Instrumenten, die zum Eingriff in eine gemischte Wirtschaft zur Erreichung gesetzter Ziele dienen, ... den Vorteil zu direktem Handeln und daher sicherer und schneller Einwirkung auf den Umfang, die Gliederung und den Ort der produktiven Investitionen“ (S. 93). Ebenso hält *Andre Marchai* (Paris) die öffentlichen Unternehmen für ein wichtiges Instrument vor allem gegen „eine Politik des wirtschaftlichen Malthusianismus, nämlich der freiwilligen Restriktion der Produktionsmöglichkeiten“ (S. 107).

Ritschi und *Rittig* äußern sich in Hinsicht auf den Beitrag der Verkehrsunternehmen zur Integrationspolitik zurückhaltender. *Ritschi* ist der Auffassung, man könne nicht erwarten, daß „die öffentlichen Unternehmen in den Ländern der EWG von sich aus über die weitgehende Kooperation hinaus auch zur Integration werden beitragen können“ (S. 87). Auch *Rittig* steht dem Einsatz der öffentlichen Verkehrsunternehmen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen im wesentlichen ablehnend gegenüber (S. 70). Ohne Zweifel kommt jedoch den öffentlichen Unternehmen im Kreditsektor, worauf u.a. *Verret* in seinem Referat „Über die Konsequenzen der europäischen Integration für die öffentliche Wirtschaft“ hinweist, vor allem bei der Abstimmung einer gesamteuropäischen Konjunkturpolitik besondere Bedeutung zu. Man hätte in diesem Zusammenhang auf die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank hinweisen können, die gemäß EWG-Vertrag gegründet wurde. Ob man nicht auch über die Tarifpolitik der Eisenbahnen den Güteraustausch (vor allem auch über die Grenzen hinweg) fördern und zur Lösung der Frage

der wirtschaftlichen Unterentwicklung einiger Randgebiete des EWG-Raumes beitragen kann, müßte zumindest erörtert werden.

Es dürften sich auch einige Probleme aus der Tatsache ergeben, daß die verschiedenen Staaten hinsichtlich der öffentlichen Wirtschaft eine grundverschiedene Politik betreiben. Während z. B. in Italien der öffentliche Sektor durch die Verstaatlichung des Elektrizitätsbereichs eine beachtliche Ausweitung erfahren hat und auch in Frankreich, worauf *J. Germain* in seinem Referat hinweist, eine Privatisierung „niemals ernsthaft zur Debatte stand“ (S. 27), betreibt man in der Bundesrepublik aus ideologischen Gründen eine radikale Privatisierung, die sich nicht nur gegen das Bundesvermögen, sondern neuerdings auch gegen die kommunale Wirtschaft zu richten scheint.

Ohne Zweifel ergeben sich neuartige Probleme aus der Tatsache, daß bestimmte Wirtschaftszweige in einigen Staaten verstaatlicht und zentralisiert und in anderen teilweise privatwirtschaftlich und dezentralisiert sind: wie z.B. im Bereich der Energiewirtschaft, die in Deutschland zum großen Teil privatwirtschaftlich organisiert ist. Umgekehrt entfällt in der Bundesrepublik der entscheidende Teil der Aluminiumerzeugung im Gegensatz zu anderen EWG-Ländern auf die öffentliche Hand. *Ritschi* weist auf ein praktisches Beispiel aus der Elektrizitätswirtschaft hin, das die Problematik recht deutlich werden läßt: Während z. B. in Frankreich die *E. d. F.* eine Stromversorgung „zu den geringsten Selbstkosten“ anstrebt, orientieren sich in der Bundesrepublik Erwerbsbetriebe und Monopole teilweise an völlig anderen Zielen (S. 112).

Die Berichte der Tagung lassen jedenfalls eines offenbar werden: die von *Alexandre Verret* gleich zu Anfang seines Referates geäußerte Ansicht, daß „die beiden Begriffe öffentliche Unternehmung und Gemeinsamer Markt in sich eine Antinomie dar(stellen)“, ist in dieser Form nicht haltbar. Zwar hat *Verret* recht, wenn er meint, daß dem EWG-Vertrag im Prinzip die Vorstellung eines liberalen Wirtschaftsystems zugrunde liege, daß aber das öffentliche Unternehmen eine Form staatlichen Intervenierens sei. Es kann jedoch heute als in Wissenschaft und Praxis gesichert gelten, daß das staatliche Intervenieren eine Voraussetzung des marktwirtschaftlichen Wirtschaftsystems und auch des liberalen Austausches von Gütern und Produktionsfaktoren im Gemeinsamen Markt ist. Gerade auch *Verret* weist in seinem Referat eindringlich auf diese Zusammenhänge hin; es ist darum besonders schade, daß er die politisch gefährliche Behauptung von der Unvereinbarkeit des öffentlichen Unternehmens mit der marktwirtschaftlichen Ordnung übernimmt.

Theo Thiemeyer

CARL AMERY

DIE KAPITULATION
ODER DEUTSCHER KATHOLIZISMUS
HEUTENachwort von Heinrich Böll. Rowohlt Taschenbuch
Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1963. 127 S.
kart. 2,20 DM.

U L R I C H SONNEMANN

DAS LAND DER UNBEGRENZTEN
ZUMUTBARKEITENDeutsche Reflexionen. Rowohlt Verlag, Reinbek bei
Hamburg 1963. 297 S., Paperback 9,80 DM.

Wer aufmerksam am Leben in der Bundesrepublik Anteil nimmt, kann nicht anders als dankbar sein, daß hin und wieder (zum Glück nicht zu selten) Schriftsteller zur Feder greifen, um den Leidenden — denn als aufmerksam Lebender ist man in diesem Land ein Leidender — eine Stimme zu geben.

Carl Amery stellt eine These in den Mittelpunkt seines Buches, die einer „Erscheinung“ bei uns zu Leibe geht, die bereits seit fünfzig Jahren in der Agonie liegt: Es gibt „ein gewisses Milieu, dessen Sehnsüchte, Interessen und Vorstellungen das geistige und geistliche Klima in unserem Land bestimmen. Dieses Milieu hat sich in einem Maß des deutschen Katholizismus bemächtigt, wie dies niemals ein Souverän zustande brächte. Dieses Milieu ist zur Herrschaft gelangt, ohne seine Rolle auch nur zu begreifen. Trotzdem aber — und vielleicht gerade deshalb — wird seine Herrschaft für den deutschen Katholizismus zum Schicksal. .. Sagen wir es schon hier: diese Herrschaft muß gebrochen werden.“ (S. 10)

Die Gleichförmigkeit dieses Milieus — des kleinbürgerlichen Spießers —, seine „Tugenden“ des Anstands, der Sauberkeit, des Gehorsams, der Arbeitsamkeit, der Disziplin; sein Qualitätsgefühl, sein Eigentumsdenken und nicht zuletzt sein Mißtrauen gegen die Demokratie hat die Kirche, so schreibt Amery, 1933 zur Kapitulation gegenüber dem Nazismus gedrängt und es hat ihre Haltung während seiner Herrschaft bestimmt. Die Hierarchie wich vor den Bedürfnissen des Milieus zurück (S. 88). „So mußte sie zu den meisten Martyrien schweigen, die damals stattfanden — nicht nur zu den Martyrien der Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, sondern auch zum Martyrium der eigenen Blutzugehörigen“ (S. 40). „Das neue Kirchenbild der Minderheit“ (S. 78 ff.), hervorgegangen aus der Liturgischen Bewegung, verbunden mit dem Namen des Klosters Maria Laach, kommt in der zweiten Nachkriegszeit dann nicht mehr zum Tragen, weil der Tag der „Währung“ die „Bewährung“ verhinderte (S. 88).

Nach dieser Diagnose ruft Amery in seinem Schlußwort die Leser zur Änderung auf: zur totalen Absage an den Milieukatholizismus. Wie soll das geschehen? Indem man tut,

was man für richtig hält und nicht, wozu einen der Milieuinstant drängt. „Soll ich Sie auf den Sozialismus vereidigen? Auf einen kritischen Konservatismus? Auf die Arbeit in den Gewerkschaften? Entscheidend ist, ob Sie ‚der Mann‘ dazu sind — oder die Frau. Entscheidend ist, ob Sie in einer neuen Existenz- oder Aktionsform die Mitte gewinnen oder erhalten können... die Mitte des Glaubens“ (S. 122).

Nicht nur, daß Amery seine These konsequent und leidenschaftlich vertritt, er tut das auch in einer schönen klaren Sprache. Leider nicht so *Ulrich Sonnemann* in seinen „deutschen Reflexionen“, betitelt „Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“. Es sind in der Tat sehr deutsche Reflexionen. So etwas wagt einem kein Angelsachse zu bieten. Wer soll das eigentlich lesen? Wenn es Sonnemann mit seiner anklägerischen Geste ernst ist, dann muß er dafür auch ein Publikum zu gewinnen suchen. Zielt er auf eine geistige Elite ab? Dies ist aber ein Buch, das sich der deutsche Bildungsspießer in seinen Schrank stellt, weil es so schön schwer geschrieben ist; darum steht es wahrscheinlich auch als Sachbuch-Bestseller augenblicklich an der Spitze der *Spiegel-Liste*: der deutsche Bildungsspießer hat mit seinem Besitz sein Soll an Nonkonformismus erfüllt.

Dabei wäre es ein großes Buch, wenn es nicht in diesem Pseudointellektuellenchinesisch geschrieben wäre. Was Sonnemann da über die Affären der letzten Jahre schreibt, in denen sich unsere Haltung zur Freiheit, zum Ungehorsam, zum Recht usw. offenbart, ist in der Massierung einfach atemberaubend. So stehen z. B. in „Über die Lust am Unrecht und die Unabsetzbarkeit der Niedertracht“ Dinge, die gar nicht oft und laut genug gesagt werden können. Es wird hier die Vergewaltigung des Rechts in einem ungebrochenen Obrigkeitsstaat an einer Reihe von Prozessen dargestellt, die jüngst geführt wurden. Aber dazwischen steht der Satz, der sprachlich schlicht eine „grenzenlose Zumutung“ ist: „Um als sachverständige Autorität den Fall faktisch entscheiden zu dürfen, müßte die Schulmeinung ihre Sachverständigkeit unter jenen Beweis gestellt haben, den nach den Weisungen der Logik und denen der Sachlage nur die volle oder annäherungsweise Lösung des Krebsproblems selber erbrächte, über das Sachverständigkeit da beansprucht wird: welcher Lösung die nach wie vor lokal behandelnde Profession, zumal die so gutverdienende, nur ihres Weltsehens nun so beispiellos verlustige deutsche, um keinen Gradstrich näher ist als Dr. Isseis — ja, da die Pioniere auf diesem Gebiet jetzt wenigstens übereinstimmen, daß der Krebs eine Krankheit des Gesamtorganismus ist, wohl um manchen Grad ferner.“ (S. 214)

Sieht man einmal von der sprachlichen Konfusion ab, die uns da angeboten wird, so kann man die These der Aufsätze nur unterstreichen; sie lautet: „Das Ereignis der Revolution, im Leben eines Volkes nichts anderes als was im Leben des Einzelnen das Ereignis der Reifung ist: dies normale und notwendige Wagnis kann, in und von Deutschland, nicht zu lange mehr hinausgeschoben werden. Es gibt, abermals wie in der Lebensgeschichte der Person, auch in der Geschichte eines Volkes einen Punkt, jenseits dessen sein Versäumnis zu einem Verhängnis wird, das keine noch so rebellische Generation dann widerrufen, wiedergutmachen könnte.“ (S. 289) Diese Revolution könne unblutig sein, aber sie müsse angreifen: „Anzugreifen.. wäre der alte Liberalismus: nämlich um Platz für einen neuen zu schaffen, der endlich begriffen hat, daß die Freiheit menschlich bezeugt werden will.“ (S. 295) Dann würde uns auch die Wiedervereinigung zufallen, weil die Völker um uns sähen, daß wir sie uns verdient hätten. Dann „könnte die Bundesrepublik Deutschland sich das ruhmvolle Vorrecht gewinnen, als erster Staat auf Erden einen Menschen im Schilde zu führen, anstatt eines Vogels ...“

Wäre doch das Buch wenigstens in solchen Sätzen geschrieben! Dann könnte man es als das liberale Gegenstück zu Amerys „Kapitulation“ bezeichnen. *Annemarie Zimmermann*

EUGENE BURDICK/
HARVEY WHEELER
FEUER WIRD VOM HIMMEL FALLEN

Rütten & Loening Verlag, Hamburg 1963. 256 S., Ln.
16,80 DM.

Das Buch gehört zweifellos in die Kategorie der Romane — aber dies nur, weil die darin geschilderten Ereignisse noch nicht über die politische Weltbühne gegangen sind — und, wie man hinzufügen muß, es hoffentlich nie tun werden! Denn geschähe es, hätten wir jenen allseits befürchteten Fall, daß der atomare Massenmord quasi aus Versehen begäbe. Und nicht etwa wegen eines Menschen, der die Nerven verlor — was schließlich auch nicht ganz von der Hand zu weisen wäre —, auch nicht wegen eines Staatsmannes, der von Präventivgedanken besessen ist, sondern weil das ausgeklügelte technisch-raffinierte System, das warnen und kontrollieren soll, mit den Mängeln eines jeden technischen Wunderwerks behaftet ist: Es kann auch einmal nicht funktionieren, ihm fehlt eben die absolute Zuverlässigkeit. Eine durchgeschmorte Sicherung in einem der riesigen Elektronengehirne, und schon wird auf einem in der Luft kreisenden Bomber des SAC (Strategisches Luftkommando) jener Ernstfall-Alarm ausgelöst, der kein Zurück mehr kennt, der die Welt mit einer un-

heimlichen Präzision und Systematik in den Strudel von nicht mehr kontrollierbaren, aber auch nicht mehr zu bremsenden apokalyptischen Geschehnissen hineinreißt.

Genau das ist der Inhalt dieses Buches, das sicherlich auch seine literarischen Qualitäten hat, aber keineswegs ausschließlich und vorrangig unter literarischen Aspekten gewürdigt und beurteilt werden darf. Denn was uns hier geboten wird, ist zwar — wie schon gesagt — noch nirgends passiert. Doch es könnte sich heute oder morgen in genau derselben Form ereignen. Und dann stünde *Kennedy* mit seinem Beraterteam wie in diesem Roman vor der verteuflten Fragestellung: Wie können wir die technische Panne reparieren, ohne daß der ganze Erdball der thermonuklearen To-tal-Zerstörung anheimfällt?

Ist es also ein Zukunftsroman unter vielen, den uns die beiden amerikanischen Autoren präsentieren? Es ist weitaus mehr, es ist eine exakte, eine zwingende Sachdarstellung des gigantischen Alarmapparats der Vereinigten Staaten, eine Darstellung, die erstaunliche Detailkenntnisse verrät, die uns hineinführt in die verwirrende Vielfalt von Radarschirmen, Kontrollgeräten, Code-Signalen und eines sorgfältig durchdachten Netzes von Sicherungen, das aber — und darauf kommt es an — einer entscheidenden Belastungsprobe nicht in jedem Fall standzuhalten vermag.

Wenn man so will, handelt es sich keineswegs um einen Blick in die Zukunft. Viel eher haben wir es mit der makabren Gegenwart zu tun, mit der alles überschattenden Frage: Bietet die Sicherheit durch Rüstung wie die angebliche Sicherheit durch einen bis ins letzte durchgefeilten Warn- und Abwehrapparat auch Sicherheit vor einem Krieg aus Versehen? Burdick und Wheeler antworten: Nein! Und sie bleiben den Beweis nicht schuldig.

Das ist ihre Geschichte: Was sozusagen tagtäglich in der Gehirnzentrale des SAC hektische Betriebsamkeit hervorruft, nämlich der Einflug eines nicht identifizierten Flugzeuges in amerikanisches Hoheitsgebiet, löst den automatischen Alarm überall in jenen militärischen Bereichen der USA aus, die mit der Abwehr eines Angriffs und mit dem atomaren Gegenschlag zu tun haben. Für die Offiziere und Soldaten nicht weiter aufregend, denn was zur Routine gehört, hat längst seinen Schrecken verloren. So starten auch dieses Mal routinemäßig die Bomber des strategischen Luftkommandos mit einer Atomlast von vernichtenden Ausmaßen. Sie fliegen zu jenem Punkt, der im Militärjargon „*Fail-safe*“ heißt. Dort kreisen die alarmierten Geschwader, bis die höchste Alarmstufe gegeben ist, bis der Befehl zum Angriff kommt. Unzählige Male wurde dies alles schon durchexerziert, und ebenso un-

zählige Male kam an jenem kritischen Punkt die befreiende Weisung zum Abdrehen: Die eingeflogene Maschine erwies sich als ein vom Kurs abgekommenes harmloses Passagierflugzeug. So auch diesmal. Doch an Bord der Führungs-Vindicator eines Geschwaders wird, hervorgerufen durch einen automatischen Befehl irgendeines der Elektronengehirne, der Angriffsbefehl gegeben. Von diesem Moment an darf der Kommandant gemäß seinen Instruktionen keinen Funkverkehr mehr mit seiner Zentrale führen. Er hat nur noch darauf zu sehen, seine Nuklearbomben ins Zielgebiet zu bringen. Und dieses Ziel heißt Moskau.

Der „heiße Draht“ beginnt zwischen Weißem Haus und Kreml zu spielen. Die Sowjets sind verständlicherweise mißtrauisch, sie wollen nicht an einen Angriffsbefehl aus Versehen glauben, sondern wittern eine diabolische Kriegsliste. Der US-Präsident bemüht sich zu zweifeln, den Beweis für die Panne zu liefern, denn ihm steht das Schreckliche vor Augen: *Chruschtschow* könnte jederzeit seinerseits auf den Knopf drücken und den sowjetischen Vergeltungsapparat einsetzen. Dann müßte *Kennedy* dasselbe tun, und die Erde wäre in Kürze eine nukleare Wüste. So opfert der Präsident die größte Stadt der Staaten. Er gibt einem SAC-Bomber Weisung, dieselbe Megatonnen-Menge auf New York zu werfen, die das versehentlich alarmierte Vindicator-Geschwader über Moskau zur Detonation brachte. Viele Millionen Menschen — das ist die traurige Bilanz — mußten ihr Leben lassen, um die Menschheit zu retten.

Eine gespenstische Szene, zugegeben. Dennoch, unrealistisch ist sie nicht — leider! Denn solch Furchtbares kann über uns hereinbrechen, jeden Tag. Und wir wissen noch nicht einmal genau, in wie vielen Fällen bereits die Menschheit um Haaresbreite dem entgangen ist, was in „Feuer wird vom Himmel fallen“ noch wie eine grausige Zukunftsvision anmuten mag. „Man kann niemals irgendeinem System vertrauen, Herr Präsident, ob es nun aus Elektronengehirnen besteht oder aus Menschen.“ Diesen Satz spricht am Schluß des Buches *Chruschtschow* über den „heißen Draht“ und: „Was dies alles so unerträglich erscheinen läßt, ist doch die Tatsache, daß so viele so plötzlich und so sinnlos ihr Leben lassen müssen, und alles nur auf Grund einer technischen Panne.“

Aber läßt sich denn das ganze Problem auf die technische Fehlleistung reduzieren? Liegt hier nicht ein Manko des Buches vor? In der Tat, wenn es an ihm etwas zu kritisieren gibt, dann wohl, daß die einzige Konsequenz, die nach diesen dramatischen Szenen geboten wäre, nicht, mindestens nicht in der erforderlichen Klarheit, gezogen wird: Es gibt keine

Alternative zu einem solchen Verhängnis außer einer weltweiten Abrüstung. Mit dem „Einbau der Elektronengehirne in die moderne Gesellschaft, welche diese Apparate allmählich zu beherrschen drohen“, ist es wirklich nicht getan. Die technischen Wunderwerke sollten — und gerade dieser Gedanke fehlt bei *Burdick-Wheeler* — lieber der Kontrolle der Abrüstung dienstbar gemacht werden. Dann hätten wir zwar auch noch keine vollkommene Sicherheit, aber das höchstmögliche Maß, das nach menschlichem Ermessen überhaupt denkbar ist.

Helmut Bauer

THILO VOGELSSANG

REICHSWEHR, STAAT UND NSDAP

Beiträge zur deutschen Geschichte 1930—1932. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1962. 507 S., 36 DM.

Die Frage „Wie konnte es nur zur Macht ergreifung *Hitlers* kommen?“ hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Publikationen hervorgerufen. Namentlich Historiker haben sich mit der Geschichte der Weimarer Republik und den Geschehnissen bis zur Ausrufung des „Dritten Reiches“ beschäftigt, ebenso aber auch Politikwissenschaftler und Soziologen. Es sei nur an das bereits zum „klassischen“ Werk gewordene Buch von *Karl-Dietrich Bracher* „Die Auflösung der Weimarer Republik“ erinnert, und auch Namen wie *Hofer*, *Sauer*, *Hallgarten*, *Matthias* und *Morsey* sind im Zusammenhang mit dieser Frage sofort zu nennen.

Nun erscheint ein weiteres Buch über das Geschehen vor 1933, und man ist begierig, neue Aspekte dieser bereits hervorragend dargestellten Geschehnisse zu erfahren. Der Verfasser *Thilo Vogelsang* ist längst kein Neuling mehr auf dem Gebiet der Geschichte der Weimarer Republik. Als Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte hat er eine umfassende Übersicht über viele Dokumente aus dieser Zeit. Mit seinem neuen Buch versucht er die Geschehnisse von den handelnden Personen her verständlich zu machen. *Kurt von Schleicher* wird so zum Mittelpunkt seiner Ausführungen. Man erfährt von manchem Gespräch zwischen den damals führenden Personen, das der Geschichtsforschung bislang entgangen war, und in dieser minutiösen Dokumentation liegt der eigentliche Wert der Arbeit *Vogelsangs*. Andererseits aber wird die Darstellung dadurch nicht klarer, sondern der Leser verliert die Übersicht und sucht zwischen den interessanten Einzeldarstellungen mühsam wieder den notwendigen „roten Faden“.

Daß *Vogelsang* bewußt die „Reichswehr“ mit in den Titel genommen hat, erklärt sich

aus der wichtigen Position, die das Heer, das sich eigentlich ohne Bruch von der Kaiserzeit in die erste deutsche Republik gerettet hatte, in der Weimarer Zeit einnahm. Obwohl als „unpolitisches Heer“ akzentuiert, spielten bald die militärischen Führer in der zivilen Politik eine wichtige Rolle, und bereits 1926 glosierte *Carl von Ossietzky*: „Geßler beherrscht die Innenpolitik; Seeckt ringt um die Außenpolitik. Etwas viel Präponderanz für ein so kleines Heer!“ Andererseits war aber auch die deutsche Großindustrie, besonders *Hugo Stinnes*, aber auch *Karl Friedrich von Siemens*, *Fritz Thyssen*, *Friedrich Flick* und mancher andere aus ihren Reihen an der fortwährenden Unterstützung der NSDAP und der Bekämpfung der verhaßten Republik maßgebend beteiligt gewesen. Dieser Aspekt wird bei Vogelsang leider fast völlig außer acht gelassen.

Es ist schade, daß Vogelsang auf zusammenfassende Einführungen und gelegentliche Darstellung des Gesamtzusammenhanges überhaupt weitestgehend verzichtet hat. Es wäre durchaus heute an der Zeit, die interessanten und umfangreichen Dokumentationen aus diesem dunklen Abschnitt der deutschen Geschichte in ihren historischen Rahmen zu fügen. Hieran mangelt es dem sonst recht beachtlichen Werk Vogelsangs. *Reinmar Cunis*

WOLFGANG FRICKHÖFFER.

MEHR NÜCHTERNHEIT IN DER KONJUNKTUR-UND LOHNDISKUSSION

Schriftenreihe der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“, Heft 6. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln-Marienburg 1962. 88 S., brosch. 3,50 DM.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. April 1963 hat *Alex Haffner* die oben angeführte Broschüre eine „Programmschrift zur Konjunktur- und Lohndiskussion“ genannt, um dann in der anschließenden Rezension — die mehr Nüchternheit aufweist, als *Frickhöffer* sie trotz seines Titels bietet — zu der Feststellung zu kommen, daß man so nicht argumentieren könne, auch wenn man „den Gewerkschaften die größte Schuld an unserer schleichenden Inflation beimißt“. Da wir bei objektiver Würdigung der konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Situation die Schuld an der laufenden Geldwertver-

schlechterung bei der Bundesregierung und dem durch keine vernünftige Wettbewerbsgesetzgebung gehemmten Profitstreben der Unternehmer sehen müssen und auch gegenüber dem Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zu besonderer Rücksichtnahme nicht verpflichtet sind, können wir uns kürzer fassen:

Wer allen Ernstes behauptet, daß es für „das Preisniveau unerheblich und ungefährlich“ ist, wenn die Unternehmer „jeden Preis nehmen, den sie bekommen können“, daß aber die Gewerkschaften, wenn sie bei der Lohnpolitik dieselbe Parole befolgen, zur Ursache der allgemeinen Preissteigerung werden, der hat — auch im Rahmen einer „Programmschrift“ — das Niveau unterschritten, auf dem man diskutieren kann. Eine ausführliche Rezension würde dieser Broschüre den Rang einer (wenn auch in Grenzen) beachtenswerten Arbeit geben, und dieser Rang wird auf keiner Seite erreicht.

Dr. Herbert Ehrenberg

KURZ ANGEZEIGT

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft *Bau, Steine, Erden* hat den Geschäftsbericht für die Jahre 1960—1962 in einem stattlichen Leinenband vorgelegt (rund 360 S., mit zahlreichen Tabellen).

Die *Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften* hat ihren Geschäftsbericht 1962 veröffentlicht; in der zusammenfassenden Schlußbetrachtung heißt es: „Die . . . Umsatzergebnisse . . . bringen zum Ausdruck, daß es der GEG auch im Jahre 1962 gelungen ist, sich auf die grundlegenden Umschichtungsvorgänge und Bedarfswandlungen der konsumgenossenschaftlichen Absatzwirtschaft einzustellen und sie aktiv mitzugestalten . . . In dem Wettbewerb der kommenden Jahre, der vor allem durch die europäische Integration geprägt sein wird, geht es um neue Strukturen des Sortiments, der Konkurrenz, der Marktgestaltung und des Vertriebs. Die GEG und alle Konsumgenossenschaften stehen damit vor weiteren umfangreichen Aufgaben, die nur gemeinsam in einer sinnvollen Arbeitsteilung gelöst werden können — zum Nutzen der Verbraucher.“